

«Wollen wir den alten Weg weiterverfolgen, müssten wir die Steuern deutlich erhöhen»

Bilanz Mauro Pedrazzini kann die Kritik an den Regierungsplänen zur Sanierung des Gesundheitswesens und zur Sicherung der AHV zwar nachvollziehen: Um wichtige soziale Errungenschaften erhalten zu können, seien rechtzeitige Massnahmen aber unerlässlich, sagt der Gesellschaftsminister im Interview.

VON MICHAEL BENVENUTI

«Volksblatt»: Herr Regierungsrat, im März 2013 haben Sie Ihr Amt angetreten und das Ministerium für Gesellschaft übernommen. Es war damals schon klar, dass das Gesundheitswesen und die AHV Minenfelder sind. Wenn Sie heute zurückblicken, bereuen Sie, dass Sie diese Ressorts übernommen haben?

Mauro Pedrazzini: Die beiden Themenfelder waren bei der Ressortverteilung tatsächlich unbeliebt, weil damals schon absehbar war, dass Mehrbelastungen auf jeden und jede in unserem Land zukommen und es auch nötig sein wird, starken Interessensgruppierungen entschlossen entgegenzutreten. Ich habe diese Herausforderung angenommen und kann heute feststellen, dass der erwartete Ärger mehr als kompensiert wird durch die interessanten und vielschichtigen Aufgaben, durch die inspirierenden persönlichen Kontakte in diesen Bereichen und auch durch die Gestaltungsmöglichkeiten, die mit diesen Themen verbunden sind.

Sie verkünden regelmässig schlechte Nachrichten. Fühlen Sie sich noch wohl dabei?

Die Notwendigkeit von Mehrbelastungen zur Erhaltung wichtiger sozialer Errungenschaften in unserem Land ist tatsächlich nicht einfach zu vermitteln. Allerdings gibt es auch viele Bürger, die einsehen, dass im Gesundheitswesen und bei der Altersvorsorge gehandelt werden muss, sonst bekommen wir früher oder später grössere Probleme. Bisher haben wir mögliche Schwierigkeiten meist mit immer höheren staatlichen Subventionen gelöst. Das wird in Zukunft nicht mehr möglich sein, weil das Steueraufkommen mit den Steigerungen der Gesundheitskosten und der AHV-Renten nicht Schritt halten kann. Wenn wir den alten Weg weiter verfolgen wollten, müssten wir die Steuern deutlich erhöhen. Das kann nicht das Ziel sein.

Was hätten Sie rückblickend betrachtet anders gemacht?

Im Nachhinein ist man immer schlauer und wüsste vieles besser. Das ist Stoff für ausladende Diskussionen und vielleicht auch für Schuldzuweisungen, wenn man das will. Jede Entscheidung wird mit dem zum Zeitpunkt der Entscheidung vorliegenden Informationen gefällt. Der Nutzen einer nachträglichen Bewertung wird meist weit überschätzt. Eine nachträgliche Bewertung hilft selten für zukünftige Entscheidungen.

War der öffentliche Schlagabtausch mit der Ärztekammer wirklich nötig? Ich habe nicht den Streit an sich gesucht. Es war und ist mir wichtig,



«Bisher haben wir mögliche Schwierigkeiten meist mit immer höheren staatlichen Subventionen gelöst. Das wird in Zukunft nicht mehr möglich sein», betont Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini. (Foto: Michael Zanghellini)

Transparenz zu schaffen über das, was meines Erachtens schief läuft in unserem Gesundheitswesen. Über derartige Dinge öffentlich und auch noch in aller Deutlichkeit zu sprechen, führt zwangsläufig zu Konflikten, das lässt sich nicht vermeiden. Langsam denke ich aber, dass die Problemfelder erkannt werden und auch die Bereitschaft besteht, daran zu arbeiten sowie etwas offener mit Umsätzen oder Stunden umzugehen.

Wie beurteilen Sie die im abgelaufenen Jahr erzielten Fortschritte im Gesundheitswesen?

Wir stecken mitten in der Arbeit. Dank der grossen Unterstützung des Landtags konnten Kompetenzen in Tariffragen zur Regierung verlagert werden, das erleichtert die Aufgabe, die Preise im Gesundheitswesen auf Schweizer Niveau zu bringen. Im Bereich der Arzttarife und der Tarife für das Praxislabor ist dies schon gelungen. Die Spitaltarife sind auf Schweizer Niveau. Andere Bereiche müssen noch angegangen werden. Die Vernehmlassung der KVG-Revisoren ist abgeschlossen und wir werden Anfang nächsten Jahres den Bericht und Antrag an den Landtag fertigstellen. Ich bin sehr zufrieden mit dem in diesem Jahr erzielten Fortschritten, es ist aber noch lange nicht alles in trockenen Tüchern.

Stehen in den nächsten Jahren weitaus drastische Prämien erhöhungen bei der Krankenkasse an? Im Rahmen der Sparmassnahmen

zur Sanierung des Staatshaushalts wurden die Subventionen an die Krankenversicherung gekürzt, die Prämien erhöhungen der letzten beiden Jahre waren zu einem grossen Teil darauf zurückzuführen, der Rest war die Folge der Kostensteigerungen im Gesundheitswesen. Es ist nicht geplant, den Staatsbeitrag weiter zu reduzieren, daher erwarte ich keine

dermassen hohen Prämiensteigerungen mehr. An den Kosten im Gesundheitswesen muss aber intensiv gearbeitet werden, das ist ein dauernder Prozess und eine der Hauptaufgaben im Ministerium.

Wird der Tarmed kommen?

Wie ich schon mehrfach gesagt habe, ist der Tarmed für mich die zweitbeste Lösung. Ich verfolge das Ziel, in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer und dem Krankenkassenverband unseren Tarif so zu gestalten, dass er einfacher in der Anwendung und auch für den Patienten wesentlich verständlicher ist als der Tarmed. Der Patient soll eine Rechnungskopie erhalten, die er auch versteht. Gleichzeitig soll das Schweizer Preisniveau gewahrt bleiben. Ich denke, dass wir auf gutem Weg sind, dieses Ziel zu erreichen.

Kommen wir zur AHV: Sie haben noch vor Weihnachten den Mass-

nahmenkatalog vorgestellt, mit dem die Finanzierung der AHV langfristig gesichert werden soll. Wie beurteilen Sie die ersten Reaktionen?

Auch wenn die einzelnen Massnahmen bei den Betroffenen nicht gerade Freude auslösen, denke ich doch, dass die Notwendigkeit einer Reform eingesehen wird. Ich stelle aber auch immer wieder fest, dass offenbar gewisse Massnahmen nicht richtig verstanden werden, da habe ich sicher noch einiges zu tun.

Müssen wir bei der AHV jetzt die Versäumnisse der Vergangenheit ausbaden?

Nein, das kann man nicht generell sagen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt zu handeln. Wir haben Zeit, die wir nutzen sollten und das erlaubt uns, mit relativ milden Massnahmen die AHV ins Gleichgewicht zu bringen. Wenn wir aber jetzt nicht handeln, dann wird das meines Erachtens in der Zukunft als Versäumnis gewertet werden.

Dann war es auch kein Fehler, das Weihnachtsgeld einzuführen?

Auch diese Entscheidung muss aus damaliger Sicht bewertet werden. Das Weihnachtsgeld wurde in den Neunzigerjahren schrittweise eingeführt. In dieser Zeit liefen die Börsen wie verrückt, die Banken mach-

ten hohe Gewinne, das Treuhandwesen lief gut und damit sprudelten die Staatseinnahmen. Man wusste kaum mehr, wohin mit dem Geld, und es ist daher nachvollziehbar, dass man den Rentnern einen Zustupf geben wollte. Leider hat man damals nicht berücksichtigt, dass die Party irgendwann vorbei ist und die demografischen Veränderungen der AHV ziemliche Lasten aufzwingen, die durch das Weihnachtsgeld noch deutlich verschärft werden.

Die KVG-Reform wurde von gewissen Kreisen zerpfückt bis hin zur Forderung, die Vorlage zurückzuziehen. Denken Sie, dass diese Gefahr auch bei der AHV-Reform besteht?

Die Kritik an der vorgeschlagenen KVG-Revision nehme ich ernst und sie wird in der Erarbeitung der Landtagsvorlage berücksichtigt werden. Ziel ist eine mehrheitsfähige Vorlage. Die Motive einiger Interessensgruppen, welche die KVG-Reform vehement bekämpfen, sind allerdings sehr durchsichtig. Die AHV-Vorlage ist meines Erachtens leichter zu verstehen und damit wird es schwieriger, sie in einer derart unsachlichen Art zu bekämpfen wie die KVG-Vorlage. Untätigkeit bei der AHV führt zum Aufzehren der Reserven, was letztlich die Renten gefährdet. Wohin das Verschleppen notwendiger Massnahmen führt, ist spätestens seit dem Debakel um die Pensionskasse der Staatsangestellten den meisten klar geworden.

Wagen wir einen Blick in die Zukunft, was steht in Ihrem Ministerium 2015 auf dem Programm?

Die beiden Vorlagen zum KVG und zur AHV sollen 2015 im Landtag behandelt werden, das bildet sicher den Schwerpunkt unserer Arbeit im nächsten Jahr. Ziel wäre, beide Reformen bis Ende 2015 beschliessen zu können. Daneben gibt es noch eine ganze Reihe von anderen Gesetzesvorlagen und Projekten, an denen wir arbeiten: Eine Arbeitsgruppe hat sich mit der Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung beschäftigt. Hier möchten wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich das Angebot der wachsenden Nachfrage anpassen kann. Die Aufgaben im Bereich der Chancengleichheit und der Menschenrechte, welche unabhängig vom Staat wahrgenommen werden sollten, möchten wir in einem Verein konzentrieren.

Haben Sie einen Wunsch für das kommende Jahr?

Ich hoffe, dass die gute und konstruktive Zusammenarbeit innerhalb der Regierung sowie zwischen Landtag und Regierung auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden kann. Wir streiten zwar, finden aber immer auch Lösungen. So muss es sein.